

## 29. ordentlicher Berufsgenossenschaftstag.

(Von unserem besonderen Berichterstatter.)

Am 12. Oktober fand in Stuttgart im Rathausaal nach vierjähriger durch den Krieg bedingter Pause der 29. ordentliche Berufsgenossenschaftstag statt. Derselbe wurde von dem Vorsitzenden der südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft, Geh. Kommerzienrat Faber, Stuttgart, eröffnet, worauf der Vorsitzende des Verbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften, Direktor D. Spiecken, Berlin, den Vorsitz übernahm und der hervorragenden Arbeit der ehrenamtlichen Organe sowie der Bemühen gedachte. Justizrat Dr. Reiser sprach über die verschiedenen im Laufe des Krieges an die Berufsgenossenschaften herangetretenen Aufgaben, besonders über die Anwendung der Unfallversicherung auf die freiwillig bei Ausbruch des Krieges im Deutschen Reich zurückgebliebenen feindlichen Ausländer, die wegen ihrer persönlichen Unfreiheit infolge polizeilicher Beaufsichtigung nicht als freie Arbeiter angesehen wurden und deshalb der Unfallversicherung nicht unterworfen sind. Er wies darauf hin, daß die von der Heeresverwaltung heurlaubten Soldaten, welche in Fabriken oder in der Landwirtschaft Beschäftigung gesucht und gefunden haben, der gesetzlichen Unfallversicherung unterliegen, während die von militärischer Seite zur Arbeit kommandierten Soldaten, z. B. zur Munition- oder Flugzeugherstellung, als Heeresangehörige, lediglich nach Maßgabe der militärischen Bestimmungen, zu entschädigen sind.

Der Geschäftsbericht ergab eine außerordentlich vielseitige Tätigkeit des Verbandes.

Aus der Besprechung sind die Ausführungen des Direktors im Reichsversicherungsamt Dr. Bassenge hervorzuheben. Er wünschte die Zuziehung von Arbeitern bei der Unfallverhütung, wiederholte ferner den Wunsch, das Heilverfahren möglichst frühzeitig einzuleiten, und gab schließlich seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Berufsgenossenschaften sich mehr oder weniger geneigt gefunden haben, die Unfallverletzten wieder der Tätigkeit zuzuführen. Ein Vertreter der See-Berufsgenossenschaft teilte mit, daß die See-Berufsgenossenschaft Arbeiter auch bei der Festsetzung der Renten zuziehe, und die Genossenschaft hierbei befriedigende Erfahrungen gemacht habe.

Rechtsassessor a. D. Dr. Ostern in Hannover behandelte die Versicherung deutscher Betriebe im besetzten Auslande und die Rentenzahlung an feindliche Ausländer. Er wandte sich gegen die geplante Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten, welche Ausdehnung bekanntlich durch die Reichsversicherungsordnung für zulässig erklärt, aber bislang nicht praktisch geworden ist. Für eine Ausdehnung auf Berufskrankheiten liege ebensowenig wie vor vier Jahren ein dringendes Bedürfnis vor, auch würde dieselbe Schwierigkeiten bereiten, welche unter den ohnehin schon großen Erschwerungen, die der Krieg für die Versicherungsträger geschaffen hat, nicht zu bewältigen sein würden.

Gewerbeassessor Michels in Essen sprach über Unfallverhütung im Kriege und die teils wachsende, teils zurückgehende Zahl der Unfälle in den Kriegsjahren. Seine Ausführungen

ergänzte zum Teil der Senatspräsident Dr. Ing. Hartmann vom Reichsversicherungsamt, dem man aber entgegnet hat, indem darauf hingewiesen wurde, daß die Einstellung von Aussehern aus Arbeiterkreisen sich vielfach nicht bewährt habe. — Verwaltungsdirektor Bohmar in Köln sprach über die Erfahrungen bei der Heilbehandlung der verletzten Krieger, insbesondere deren Wiedererziehung, und führte aus, daß diese Erfahrungen sich in mehrfacher Beziehung zugunsten der Unfallverletzten nutzbar machen ließen.

Dr. Br.